

LIV VON BOETTICHER

**WIR VERLIEREN  
DIESES LAND**



# **WIR VERLIEREN DIESES LAND**

Polizisten erzählen, worüber  
niemand offen spricht

**LIV VON BOETTICHER**

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über [dnb.dnb.de](http://dnb.dnb.de) abrufbar.

Wir freuen uns auf eure Anregungen und Fragen  
[info@deutscherwirtschaftsbuchverlag.com](mailto:info@deutscherwirtschaftsbuchverlag.com)

**Wichtiger Hinweis**

Die im Buch veröffentlichten Empfehlungen wurden von Verfasser und Verlag erarbeitet und geprüft. Der Inhalt dieses Buches beruht ausschließlich auf den persönlichen Erfahrungen des Autors und erhebt keinen wissenschaftlichen Anspruch. Die benutzten Begrifflichkeiten sind wertfrei. Eine Garantie kann dennoch nicht übernommen werden. Ebenso ist die Haftung des Verfassers bzw. des Verlages und seiner Beauftragten für Personen-, Sach- und Vermögensschäden ausgeschlossen.

Originalausgabe

1. Auflage 2026

© 2026 Deutscher Wirtschaftsbuch Verlag,

Deutscher Wirtschaftsbuch Verlag GmbH,

Christoph-Rodt-Straße 11, 86476 Neuburg an der Kammel

[www.deutscherwirtschaftsbuchverlag.com](http://www.deutscherwirtschaftsbuchverlag.com)

Alle Rechte vorbehalten.

Dieses Buch ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Autors nicht zulässig. Das gilt gleichermaßen für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Verfilmungen und Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Wir behalten uns die Nutzung der Inhalte für Text und Data Mining im Sinne von § 44b UrhG ausdrücklich vor. Falls die Publikation Links zu externen Webseiten Dritter enthält, haben wir auf deren Inhalte keinen Einfluss; für diese fremden Inhalte können wir keine Gewähr übernehmen. Rechtswidrige Inhalte waren zum Zeitpunkt dieser Veröffentlichung nicht erkennbar.

Auch wenn eine gendergerechte Sprache wünschenswert ist, gibt es aus Sicht des Verlages bisher keine befriedigende, gut lesbare Lösung. Für eine leichtere Lesbarkeit haben wir des Öfteren von der Doppelung männlicher und weiblicher Formen Abstand genommen. Selbstverständlich liegt es uns fern, dadurch einen Teil der Bevölkerung zu diskriminieren.

Satz: Daniel Förster

Korrektur: Christiane Otto

Cover- und Umschlaggestaltung: [www.b3k-design.de](http://www.b3k-design.de),

© 2026 Andrea Schneider & diceindustries

Coverfoto: Jens Fussan

Druck: DZS Media Slowenien

Printed in the EU

ISBN Print: 978-3-69066-256-7

ISBN E-Book (PDF): 978-3-69066-258-1

ISBN E-Book (EPUB, Mobi): 978-3-69066-257-4

# Inhalt

Einleitung .....	7
<b>1.</b> Ist es in Deutschland gefährlicher geworden? .....	15
<b>2.</b> Wie kam es zu der heutigen Lage? .....	34
<b>3.</b> Wenn Ideologie Vernunft ersetzt .....	69
<b>4.</b> Ist die Kriminalität »importiert«? .....	90
<b>5.</b> Eine andere Gewaltkultur .....	109
<b>6.</b> Messerangriff und Rudelbildung – die neue Gewalt .....	145
<b>7.</b> Gesellschaft unter Druck .....	161
<b>8.</b> Organisierte Kriminalität .....	199
<b>9.</b> Die Polizei als Ausputzer des Versagens der Politik .....	237
<b>10.</b> Ist das Gewaltmonopol des Staates in Gefahr? .....	268
Nachwort: Die Stunde der Entscheidung .....	303
Danksagung .....	318
Anmerkungen .....	319
Über die Autorin .....	336



# Einleitung

»Deutschland ist zum Plündern und Vergewaltigen freigegeben.« Ein Satz, der stehen bleibt. Hart. Überzogen. Und doch nicht einfach von der Hand zu weisen. Gesagt hat ihn kein Politiker, kein Aktivist, kein anonymer Kommentar im Internet. Sondern ein hochrangiger Polizeibeamter aus Nordrhein-Westfalen. Im Jahr 2025 – zehn Jahre nach der Kölner Silvesternacht. Wir sprechen über diese Nacht. Über das, was damals geschah. Und über das, was danach folgte. Er lehnt sich zurück, zögert einen Moment, als würde er prüfen, ob er es noch einmal so sagen will. Dann sagt er: »Genau das habe ich damals gedacht.« Eine Pause. »Und leider ist vieles von dem, was ich befürchtet habe, auch so gekommen.«

In der Nacht zum 1. Januar 2016 verdichtete sich rund um den Kölner Hauptbahnhof und den Dom eine Situation, die für viele der betroffenen Frauen zur Falle wurde. Menschen drängten sich in der Bahnhofshalle, dicht an dicht, kaum Bewegungsspielraum. Dann begann es. Hände, die plötzlich auftauchten. Finger, die sich durch Strumpfhosen unter Röcke schoben. Körper, die von allen Seiten bedrängt wurden. Frauen, die versuchten, sich zu befreien – und merkten, dass es keinen Ausweg gab. Kein Platz zum Ausweichen, kein Raum zum Weglaufen. Viele berichten später, dass sie nicht einmal wussten, wer sie gerade berührte. Dass sie nur spürten, wie sich die Enge um sie herum schloss. Schreie gingen im Lärm unter. Gleichzeitig waren zu wenige Beamte vor Ort, um die Lage unter Kontrolle zu bringen.

Am Ende dieser Nacht stehen Zahlen: Rund 1.200 Strafanzeigen gingen bei der Polizei ein, 290 Verdächtige konnten ermittelt werden, 36 von ihnen wurden später verurteilt.<sup>1,2</sup> Doch diese Zahlen erzählen nur einen Teil der Geschichte. Der andere lässt sich nicht messen. Für viele markiert diese Nacht eine Zäsur: ein Davor – und ein Danach –, wobei die eigentliche Erschütterung erst am nächsten Morgen begann.

## Lücke zwischen Wahrnehmung und Berichterstattung

Die Polizei sprach von einer »ausgelassenen Stimmung«. <sup>3</sup> Ein Satz, der im Rückblick aus einer anderen Wirklichkeit zu kommen scheint. Erst Tage später wurde das Ausmaß sichtbar. Da hatte sich eine Frage längst festgesetzt: Wurde hier beschönigt? Aus Rücksicht auf eine politische Debatte, die man vermeiden wollte? In einem Untersuchungsausschuss wird ein Polizist später zu Protokoll geben, es sei »politisch heikel« gewesen, über den Migrationshintergrund der Täter zu sprechen. So berichten es mir mehrere Beamten, die dabei waren. Ein Satz, der viel erklärt – und noch mehr offenlässt. Es konnte nicht sein, was nicht sein durfte. Was folgte, war keine formale Zensur, sondern Zurückhaltung. Erwartet. Eingefordert. Für viele fühlte sie sich dennoch wie Zensur an.

»Diese Nacht war äußerst schmerzhaft für mich«, erinnert sich der Beamte. »Ich habe am darauffolgenden ersten Werktag direkt morgens aus dem Auto heraus meinen Abteilungsleiter angerufen – wir waren alle erschlagen von den Ereignissen – und dem dröhnenden Schweigen aus der Politik.« Das Schweigen blieb nicht auf die Politik beschränkt. Auch große Teile der Medien zögerten. Selbst als längst klar war, was geschehen war, wurde der Hintergrund der Täter nur vorsichtig – teilweise gar nicht – benannt. Die »Willkommenskultur« sollte keinen Schaden nehmen – so lautete der Vorwurf. Ob er in dieser Absolutheit zutraf, ist bis heute umstritten.

Unstrittig ist etwas anderes: Zwischen Wahrnehmung und Berichterstattung entstand eine Lücke. Und in diese Lücke fiel Misstrauen. »Deutschland ist zum Plündern und Vergewaltigen freigegeben.« In dieser zugespitzten Wortwahl steckt keine nüchterne Analyse. Sondern ein Gefühl: Frust. Ohnmacht. Wut. Der Beamte wusste selbst, dass dieser Satz so nicht wörtlich stimmt. Deutschland ist kein rechtsfreier Raum. Noch nicht. Die Polizei greift ein. Gerichte urteilen. Etwas hat sich jedoch verschoben. In vielen Gesprächen hörte ich Sätze wie: »Ich wähle nicht die AfD, auch wenn ich so klinge.« Manchmal glaubte ich es, manchmal nicht. Doch darum geht es hier nicht. Die AfD hat in den vergangenen Jahren stark an Zustimmung gewonnen. Ein möglicher Grund: Probleme rund um Migration und Integration wurden lange nicht in der Klarheit benannt, in der viele Menschen sie erlebt haben. Ob und wie stark dieser Zusammenhang ist, ist eine der Fragen dieses Buches.

Die Kölner Silvesternacht wirkt im Rückblick wie ein Brennglas. Sie machte sichtbar, was sich zuvor über Jahre aufgebaut hatte. Eine schwelende Entwicklung im Bereich Migration, Integration und Sicherheit. Und sie zeigte, in welcher Lage sich jene befanden, die täglich damit konfrontiert waren: Polizistinnen und Polizisten. Viele von ihnen fühlten sich zum Schweigen gebracht. Wer sich äußerte, bekam Gegenwind. Ein frühes Beispiel ist die Bochumer Polizistin Tania Kambouri. In ihrem 2015 erschienenen Buch *Deutschland im Blaulicht: Notruf einer Polizistin*<sup>4</sup> beschrieb sie ihren Alltag im Einsatzdienst. Schonungslos. Viele der Probleme, die sie schilderte, wurden wenige Monate später in Köln sichtbar. Die Reaktionen auf ihre Aussagen waren heftig.

Heute, mehr als zehn Jahre später, stellt sich eine einfache Frage: Was wäre gewesen, wenn man damals genauer hingehört hätte? Zehn Jahre. Zehn Jahre, in denen viel diskutiert, relativiert, beschwichtigt – und zugespitzt wurde. Zehn Jahre, in denen sich die Sicherheitslage verändert hat. In Wahrnehmung – und in Zahlen. Was ist seitdem passiert? Und vielleicht noch entscheidender: Was ist nicht passiert?

## Die Polizei als Seismograf der Gesellschaft

Wenn in Deutschland etwas passiert, wählt man die 110. Ein reflexartiger Griff zum Telefon. Ein stilles Versprechen des Staates: »Wir kommen, wir kümmern uns. Wir stellen Ordnung wieder her.« Die Polizei ist fast immer die erste staatliche Institution vor Ort. Dort, wo Streit eskaliert, wo Worte nicht mehr reichen. Wo Menschen verletzt, beraubt oder bedroht werden. In diesem Sinne ist sie ein Seismograf der Gesellschaft. Sie spürt Verschiebungen früh, oft lange bevor sie in Debatten, Schlagzeilen oder Statistiken sichtbar werden.

Seit vielen Jahren begleite ich Polizistinnen und Polizisten bei ihrer Arbeit. Sie sind die Ausputzer der Nation. Sie richten gerade, was schief läuft, setzen Regeln durch, die andere beschließen, lösen Konflikte, die längst entstanden sind. Ursprünglich wollte ich ein Buch schreiben, in dem nur sie selbst sprechen. Ungefiltert. Aus ihrem Alltag heraus. Doch während der Recherche wurde mir klar: Ihre Beobachtungen ergeben erst Sinn im größeren Zusammenhang. Denn wer verstehen will, was sich verändert hat, muss beides zusammenbringen: Erfahrung – und Zahlen.

Was mir Polizistinnen und Polizisten abseits der Kamera schilderten, hat mich oft sprachlos gemacht. Es sind keine Einzelfälle, es ist ein Muster. Wiederkehrend, verlässlich – und beunruhigend. Viele dieser Geschichten würden die Gesellschaft stärker erschüttern, als sie es ohnehin schon ist – wenn die Beamten ganz offen erzählen würden. Sie berichten von brutaleren Angriffen, von wachsendem Respektverlust, von Parallelstrukturen mit eigenen Regeln. Von Routinekontrollen, die eskalieren, von Tätern, die Stunden später wieder frei sind. Und von einem Gefühl, das sich durch viele Gespräche zieht: Ohnmacht.

Doch Polizisten sind Beamte. Zur Neutralität verpflichtet. Wer öffentlich spricht, riskiert Konsequenzen, im Extremfall seine Pension. Viele sagen dennoch: »So wie es jetzt ist, kann es nicht weitergehen.« Wenn die Dinge bleiben, wie sie sind, verlieren wir dieses Land. Sie wollen die Öffentlichkeit wachrütteln. Die Frage ist nur, wie? Zwei Jahre habe ich immer wieder Beamtinnen und Beamten getroffen oder mit ihnen telefoniert. Vertrauen entsteht langsam. Erst nach und nach erklärten sie sich bereit, mit mir zu sprechen. Unter der Bedingung absoluter Anonymität.

Ihre Einsatzgebiete: ganz Deutschland. Von der Nordseeküste bis zum Alpenrand. Bahnhöfe, Großstädte, ländliche Regionen. Streifendienst, Spezialeinheiten, Ermittlungsarbeit. Zusammengenommen mehr als tausend Dienstjahre Erfahrung. Sie alle machen das für die Demokratie und für den Erhalt des Rechtsstaates – und nicht, um die Systeme zu unterwandern oder sie infrage zu stellen.

Viele von ihnen sagen über ihren Dienstag das Gleiche: »Es wird schlimmer.« Nicht, weil sie provozieren wollen. Sondern weil ihnen etwas auf der Seele liegt. Weil das, was sie erleben, draußen oft nicht in derselben Klarheit wahrgenommen wird. Es sind Menschen, die die Sicherheit dieses Landes im Zweifel mit ihrem Leben verteidigen. Und die gleichzeitig erleben, wie wenig Rückhalt sie dafür bekommen.

Was sie schildern, ergibt ein klares Bild: eine schleichende Erosion der inneren Sicherheit. Mehr Gewalt, weniger Respekt. Mehr Parallelstrukturen, weniger Kontrolle. Einsätze, die jederzeit eskalieren können, Angriffe, die brutaler werden, Stadtteile, die faktisch aufgegeben sind. Dazu kommt: mangelnde politische Rückendeckung – und teilweise der Eindruck politischer Einflussnahme.

Viele sprechen auch von einer Justiz am Limit. Verfahren ziehen sich. Anzeigen verlaufen im Sande, Polizeiarbeit verpufft, Täterschutz geht vor Opferschutz. Der ehemalige SEK-Beamte Karsten Loest bringt es auf den Punkt: »Wir haben, etwas überspitzt gesagt, das Problem, dass Straftäter oftmals schneller wieder auf der Straße sind, als die Polizei ihren entsprechenden Bericht fertig geschrieben hat.«<sup>5</sup>

Ein Thema taucht dabei immer wieder auf: Migration und Kriminalität. Polizisten berichten von überproportional vertretenen Tätergruppen. Diese Beobachtungen decken sich mit statistischen Auswertungen – und sind gleichzeitig politisch hochsensibel. Würden Beamte öffentlich so sprechen wie intern, hätte das Konsequenzen. Doch eine offene Gesellschaft muss solche Fragen aushalten, die Beschreibung von Problemen ist keine Pauschalverurteilung. Gleichzeitig gilt: Nicht Herkunft entscheidet über Kriminalität – sondern Faktoren.

Und doch bleibt die zentrale Frage: Warum hat sich die Sicherheitslage verändert? Dieses Buch sucht Antworten. Denn eines wurde mir in all diesen Gesprächen klar: Wenn die innere Sicherheit erodiert, betrifft das nicht nur die Polizei, sondern alle. Und das zu ignorieren, ist ein Luxus, den sich keine Gesellschaft leisten kann.

## **Die Bedeutung von innerer Sicherheit für die Gesellschaft**

Wir bewegen uns frei durch Europa, reisen mit einem deutschen Pass fast überall hin und leben in einer Stabilität, die über Jahrzehnte gewachsen ist. Frieden ist für viele kein Zustand mehr, sondern eine Selbstverständlichkeit – und mit ihm die innere Sicherheit. Gerade deshalb ist sie so unsichtbar geworden. Wie etwas, das einfach da ist, nicht erkämpft, nicht gefährdet, sondern gegeben, ein leises Grundrauschen des Alltags. Doch genau darin liegt die Gefahr. Denn diese Sicherheit ist weder selbstverständlich noch unveränderlich, sie ist nicht »von Gott gegeben«. Sie ist das Ergebnis von Institutionen, Regeln, Personal, politischem Willen – und gesellschaftlicher Akzeptanz. Wenn eines davon ins Wanken gerät, gerät das Ganze ins Rutschen.

Der Staat trägt die Verantwortung für Stabilität und Ordnung im täglichen Leben. Er setzt Regeln – und er setzt sie durch. Er sorgt dafür, dass Konflikte

nicht mit Gewalt gelöst werden müssen. Eine Gesellschaft, in der Recht nicht mehr durchgesetzt wird, verliert ihren Zusammenhalt – oft schneller, als man es für möglich hält. Dieses Prinzip zieht sich wie ein roter Faden durch die Gespräche, die ich geführt habe. Im Zentrum dieser Aufgabe stehen die rund 250.000 Beamtinnen und Beamten der Landespolizeien<sup>6</sup> sowie etwa 45.000 Beamtinnen und Beamte der Bundespolizei.<sup>7</sup> Sie stehen draußen, wenn es darauf ankommt, sie greifen ein, wenn andere wegsehen. Sie setzen Regeln durch, wenn sie gebrochen werden. Sie sind – im wörtlichen Sinne – die Speerspitze im Kampf um unsere freiheitliche Lebensordnung. Und dieser Kampf ist größer, als er auf den ersten Blick erscheint.

Es geht nicht nur um Kriminalität im engeren Sinne. Es geht um den Schutz eines gesamten Systems: eines sozialen Gefüges, eines politischen Modells, einer wirtschaftlichen Ordnung. Nur eine stabile Gesellschaft kann Sicherheit gewährleisten – und nur Sicherheit ermöglicht Stabilität. Doch genau dieses Gleichgewicht gerät aus Sicht vieler Polizisten ins Wanken. »Die Bürger wollen nichts mehr mit den staatlichen Institutionen zu tun haben. Es gibt niemanden mehr, der wirklich erreichbar ist. Die Zuständigkeiten werden hin und her geschoben – und am Ende ruft irgendwer die Polizei und hofft, dass das Problem gelöst wird«, erzählt ein Streifenpolizist aus Hamburg.

In diesem Satz steckt mehr als Frustration. Er beschreibt eine Verschiebung. Die Polizei wird zur letzten Instanz für Probleme, die eigentlich vorher hätten gelöst werden müssen. Wenn Verwaltung nicht greift, wenn soziale Strukturen versagen, wenn Konflikte sich aufstauen. Am Ende steht immer jemand in Uniform – und soll richten, was längst aus dem Ruder gelaufen ist.

## Sarrazins Szenario

Die Zustände, über die wir hier sprechen, sind nicht plötzlich entstanden. Sie sind das Ergebnis von Entwicklungen, die sich über Jahre, oft über Jahrzehnte aufgebaut haben. Viele Ursachen liegen in einer Migrationsdebatte, die lange an entscheidenden Punkten vorbeiging. Bereits 2010 warnte der damalige SPD-Politiker Thilo Sarrazin in seinem Buch *Deutschland schafft sich ab*<sup>8</sup> vor sozialen und kulturellen Herausforderungen durch Zuwanderung. Besonders Migration aus muslimisch geprägten Ländern könne langfristig Integration, soziale Stabilität und wirtschaftlichen Wohlstand belasten.

Er stellte die Frage, ob die deutsche Gesellschaft überhaupt ausreichend vorbereitet sei, größere Zuwanderungsbewegungen erfolgreich zu integrieren.

Die Reaktionen waren heftig, kaum ein Buch hat die Debatte so polarisiert. Kritiker warfen ihm pauschalisierende, diskriminierende und rassistische Thesen vor. Andere sahen darin den Versuch, Probleme anzusprechen, die bis dahin kaum öffentlich diskutiert wurden.

Rückblickend gilt diese Debatte vielen als Wendepunkt. Sie machte sichtbar, wie schwer sich Deutschland damit tut, über Migration jenseits moralischer Kategorien zu sprechen – und wie schnell Diskussionen eskalieren, wenn ein hochsensibles Thema auf zugespitzte Thesen trifft.

Heute, rund 15 Jahre später, klingt die Bewertung aus der Praxis oft anders. Ein Polizist sagt: »Sarrazin spricht negative Entwicklungen an, die schlicht und ergreifend da sind. Sein damaliges Szenario hat für mich leider viel Realistisches.«

Man muss diesen Satz nicht teilen, aber man muss ihn ernst nehmen. Zumal sich auch die Zahlen anders entwickelt haben als damals angenommen. Sarrazin ging von einer jährlichen Nettozuwanderung von rund 50.000 Menschen aus, in höheren Szenarien von etwa 150.000 bis 200.000. Tatsächlich lag die durchschnittliche Nettozuwanderung zwischen 2010 und 2024 bei rund 509.000 Menschen pro Jahr – also einem Vielfachen. In einzelnen Jahren, etwa 2015 oder 2022, lagen die Zahlen sogar deutlich darüber.<sup>9,10</sup> Diese Diskrepanz ist entscheidend. Sie erklärt, warum viele der damaligen Fragen heute mit neuer Dringlichkeit gestellt werden – und warum sich manche Befürchtungen, unabhängig von ihrer Bewertung, nicht erledigt haben, sondern in veränderter Form weiterwirken.

Gleichzeitig gilt: Daraus folgt keine Pauschalverurteilung von Migranten. Es wäre analytisch falsch und moralisch unhaltbar, Millionen Menschen auf Grundlage von Statistiken oder einzelnen Debatten zu bewerten. Migration ist kein monolithisches Phänomen. Sie besteht aus Individuen, aus Biografien, aus Chancen – und aus Problemen. Gerade deshalb ist Präzision entscheidend.

Wer Probleme benennt, darf nicht pauschalisieren. Wer differenziert, darf nicht beschönigen. Zwischen diesen beiden Polen bewegt sich jede ernsthafte Debatte über innere Sicherheit und Migration. Und genau hier entscheidet sich, ob ein Staat handlungsfähig bleibt – oder ob er beginnt, sich selbst aus dem Blick zu verlieren.



# 1.

## Ist es in Deutschland gefährlicher geworden?

Kaum ein Tag vergeht, ohne dass neue Berichte über Gewalttaten, Messerangriffe oder sexuelle Übergriffe auftauchen. Schlagzeilen, Videos, Push-Nachrichten – sie sind allgegenwärtig. Parallel dazu zeigen Umfragen seit Jahren: Viele Menschen fühlen sich unsicherer als früher. »Das Sicherheitsgefühl ist permanent im Abwärtstrend«, sagt Renate Köcher vom Allensbach-Institut.<sup>11</sup> Doch bedeutet dieses Gefühl automatisch, dass Deutschland tatsächlich gefährlicher geworden ist?

Kriminologen unterscheiden seit jeher zwischen objektiver Sicherheitslage und subjektivem Sicherheitsempfinden. Ein Kriminalbeamter mit über 45 Jahren Berufserfahrung formuliert es so: »Die Sicherheitslage ist das, was wir mit Zahlen, Daten und Fakten belegen können. Das Sicherheitsgefühl entsteht im Kopf – und wird stark durch Wahrnehmung beeinflusst.« Heute verbreiten sich Informationen schneller als je zuvor. Videos von Gewalttaten gehen innerhalb von Minuten online, werden tausendfach geteilt, kommentiert, weiterverbreitet. Was früher lokal begrenzte Ereignisse waren, wirkt heute wie eine permanente Bedrohungslage. »Es ist eine Informationsflut, teilweise sehr dramatisch – und natürlich beeinflusst das das Sicherheitsgefühl«, sagt der Beamte.

### **Die Brutalität nimmt zu**

Doch wie sehen diejenigen die Lage, die täglich mit Kriminalität konfrontiert sind? Ich beginne viele Gespräche mit einer einfachen Frage: Ist es in

Deutschland gefährlicher geworden? Ein Bundespolizist aus Sachsen, seit fast drei Jahrzehnten im Dienst und häufig an Bahnhöfen eingesetzt, antwortet ohne zu zögern: »Es ist viel schlimmer geworden.« Natürlich ist eine persönliche Einschätzung noch keine Statistik. Doch wenn man genauer hinschaut, zeigen sich tatsächlich Veränderungen. »Manche Delikte sind zurückgegangen«, sagt er. »Andere sind deutlich mehr geworden – vor allem Rohheitsdelikte wie Raub, Gewalt- und Sexualdelikte.«

Auch die Anforderungen an Polizeibeamte haben sich spürbar verändert. Früher galt die Schusswaffe strikt als letztes Mittel. Heute wird anders ausgebildet. »Noch vor zehn Jahren haben wir vermittelt: Schießen ist wirklich die Ultima Ratio«, berichtet der Beamte. »Heute müssen wir offen sagen: Es gibt Situationen, in denen Täter angeschossen – oder im schlimmsten Fall auch erschossen werden müssen, weil man sie nur so stoppen kann.« Vor allem dann, wenn Messer im Spiel sind. »Wir bilden Streifenpolizisten inzwischen genau dafür aus, weil es viel zu lange dauert, bis Spezialeinheiten vor Ort sind. Wir erleben Lagen, in denen Täter schussichere Westen tragen oder Kriegswaffen dabei haben. Das kannten wir früher so nicht.«

Er macht eine kurze Pause, sucht nach Worten. »Vor 20 Jahren kannte ich solche Szenarien nur aus Israel. Heute musst du in Deutschland jederzeit damit rechnen, dass jemand plötzlich ein Messer zieht.« Viele Einsatzkräfte berichten von einer zunehmenden Enthemmung. Konflikte eskalieren schneller, oft wegen Kleinigkeiten. »Immer öfter werden Menschen für sehr, sehr wenig Geld halbtot geprügelt«, sagt ein Polizist. »Manchmal geht es nicht mal um Geld – es reicht eine verbale Auseinandersetzung.«

Wo Polizisten regelmäßig mit solchen Situationen konfrontiert sind, verfestigt sich der Eindruck: Die Brutalität nimmt zu. Auch wenn Statistiken je nach Region und Delikt ein differenziertes Bild zeigen, ist die Wahrnehmung im Einsatzalltag eindeutig. Sicherheitsbehörden sprechen inzwischen von einer Art Aufrüstungsspirale im Kleinen. Wer glaubt, der andere habe ein Messer dabei, steckt vorsorglich selbst eines ein. Eine Dynamik, die Konflikte gefährlicher macht – und im Ernstfall tödlich enden kann.

Gleichzeitig verschieben sich Konfliktlinien. Gewalt beschränkt sich längst nicht mehr nur auf organisierte Strukturen. Teilweise stehen sich Gruppen gegenüber, die entlang ethnischer Linien agieren. Polizeiausbilder berichten, dass Einsätze dadurch unberechenbarer geworden sind: Aus ver-

balen Provokationen können innerhalb von Sekunden lebensgefährliche Situationen entstehen.

## Das Gefühl, den Anschluss verloren zu haben

Doch so eindrücklich diese Schilderungen sind – subjektive Eindrücke allein reichen nicht aus. Entscheidend ist der Blick auf die Zahlen. Und der fällt deutlich aus. Der Generalbundesanwalt Jens Rommel stellt fest, dass sich nicht nur das Sicherheitsgefühl verschlechtert, sondern auch die tatsächliche Sicherheitslage.<sup>12</sup> Auch der Präsident des Bundeskriminalamts, Holger Münch, warnt vor einer weiteren Verschärfung und fordert eine »Zeitenwende der inneren Sicherheit«.<sup>13</sup>

Die Polizeiliche Kriminalstatistik zeigt: Die Gewaltkriminalität hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. 2024 wurden 217.277 Gewaltdelikte registriert<sup>14</sup> – ein Höchstwert. Seit 2019 ist die Zahl um mehr als 9 Prozent gestiegen. Und selbst diese Zahlen bilden nur das Hellfeld ab – also die Fälle, die tatsächlich angezeigt wurden. Das Dunkelfeld ist erheblich größer. »In Berlin schätze ich, dass es bei manchen Delikten 40- bis 50-mal höher ist als das Hellfeld«, sagt ein Beamter. Der Grund: Angst. Viele Opfer zeigen Straftaten gar nicht erst an. »Gerade im Umfeld von Clans haben die Leute enorme Angst vor den Tätern«, berichten mehrere Einsatzkräfte übereinstimmend.

Resignation ist dabei kein lautes Gefühl, sie zeigt sich leise, in Bildern. »Stellen Sie es sich so vor«, sagt ein Beamter aus Berlin. »Vor 15 Jahren saßen Polizei und Kriminalität jeweils in einem VW Golf. Ein Rennen auf Augenhöhe.« Er macht eine Pause. »Dann saß die Kriminalität irgendwann in einem getunten Audi – die Polizei immer noch im Golf.«

Noch eine Pause. »Heute sitzt die Kriminalität in einem Ferrari. Und wir ...« – er lächelt kurz, fast müde – »wir sitzen im Golf. Älteres Baujahr. Mit Holzrädern.« In diesem Bild steckt mehr als Frust, es drückt das Gefühl aus, den Anschluss verloren zu haben. Besonders im Bereich der Clankriminalität höre ich diese Einschätzung immer wieder – in Berlin, in Nordrhein-Westfalen, in vielen Großstädten.

Manche gehen noch weiter. Sie sprechen von einem Wort, das im Polizeialltag selten fällt: Systemversagen. Ein Wort, das schwer wiegt und doch

immer wieder auftaucht. Vielleicht, weil es Ereignisse gibt, die sich anders kaum erklären lassen. Der Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz im Dezember 2016 ist eines davon. Ein Täter, der den Behörden bekannt war, ein Geflecht aus Zuständigkeiten, Versäumnissen, Pannen. Acht Jahre später: Magdeburg, wieder ein Auto, wieder ein Weihnachtsmarkt, wieder Tote. Der Täter war kein Unbekannter, Behörden in mehreren Bundesländern hatten sich mit ihm beschäftigt, über Jahre hinweg. Mehr als 100 Vorgänge waren aktenkundig.<sup>15</sup> Und doch wurde er nicht gestoppt.

Bleiben selbst solche Warnsignale folgenlos, stellt sich eine Frage mit neuer Dringlichkeit: Wenn das keine Zeitenwende auslöst – was dann?

## Der Streit um die Statistik

Wie gefährlich ist Deutschland wirklich? Die Antwort hängt davon ab, wen man fragt. Der Kriminologe Dietrich Oberwittler wählt einen nüchternen Ton. Er spricht von Wahrnehmung und Realität, von Zahlen und deren Einordnung. Viele Menschen, sagt er, schätzen das Risiko, selbst Opfer einer schweren Gewalttat zu werden, höher ein, als es statistisch tatsächlich ist.<sup>16,17</sup> Gemessen an der Bevölkerungszahl sei die Zahl der Tötungsdelikte in den vergangenen 20 Jahren weitgehend stabil geblieben. Im Vergleich zu den 1990er-Jahren sogar rückläufig.

Oberwittler forscht am Max-Planck-Institut zur Erforschung von Kriminalität, Sicherheit und Recht. Seine Diagnose ist klar: »Deutschland ist grundsätzlich ein sicheres Land.« Ein Satz, dem man kaum widersprechen kann. Er verweist auf langfristige Entwicklungen, auf den Rückgang von Kriminalität über mehrere Jahrzehnte. Auf eine Stabilität, die sich nicht in Schlagzeilen widerspiegelt, sondern in Kurven und Zeitreihen. Und doch bleibt auch er nicht bei dieser Feststellung stehen. Denn selbst in dieser Gesamtschau zeigen sich Veränderungen. Oberwittler spricht von bestimmten Gruppen von Migranten, die durch kriminelles Verhalten auffallen. Seit 2022 gebe es in der Kriminalitätsstatistik einen Anstieg bei nichtdeutschen Jugendlichen. Wenn auch auf »sehr niedrigem Niveau«, hätten sich in dieser Gruppe die Tötungsdelikte seit 2021 verdoppelt, sagte er der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Ein differenzierter Befund. Einer, der einordnet – und nicht verharmlöst.

Doch sobald man Polizisten zuhört, verändert sich der Ton. Er wird direkter, härter, weniger abstrakt. »Wir können schwarz auf weiß eine Unmenge von Taten nachlesen – von Vergewaltigungen, Gewalt im öffentlichen Raum, Eigentumsdelikten und Körperverletzungsdelikten, die es ohne das Offenhalten der Grenzen in dieser Menge nicht geben würde. Sie werden nahezu immer von jungen Migranten oder Personen mit Migrationshintergrund begangen. Oft mit einem Messer«, sagt ein erfahrener Beamter aus Ostdeutschland. So würde kein wissenschaftlicher Aufsatz formulieren – aber genau so wird in Polizeikreisen gesprochen. Immer wieder, in ähnlicher Form. In unterschiedlichen Regionen, von unterschiedlichen Beamten, von Landespolizei und Bundespolizei.

Zwischen diesen beiden Perspektiven entsteht eine Spannung. Auf der einen Seite die Langzeitbetrachtung: stabil, differenziert, beruhigend. Auf der anderen Seite die Alltagserfahrung: konkret, zugespitzt, oft alarmierend. Dazwischen stehen Zahlen, die sich nicht einfach wegdiskutieren lassen. Die Zahl aller erfassten Gewalttaten ist in den vergangenen Jahren sprunghaft gestiegen. Die Daten haben Schwächen, das ist bekannt. Sie bilden nur das Hellfeld ab. Sie hängen vom Anzeigeverhalten, von der Kontrolldichte und von den Erfassungssystemen ab. Und doch ist die Entwicklung unbestritten. Die Frage ist nicht mehr, ob sich etwas verändert hat. Sondern wie man diese Veränderung beschreibt – und was daraus folgt.

## Gewalt an Orten des Alltags

Es ist früher Abend in einer deutschen Großstadt. Menschen sitzen in Cafés, Kinder laufen über den Gehweg, jemand trägt Einkaufstüten nach Hause, ein ganz normaler Tag. Dann fallen Schüsse. Kein Streit, der sich hochgeschaukelt hat. Kein Zufall, sondern gezielte Gewalt, laut, unübersehbar, mitten im öffentlichen Raum. Menschen ducken sich, einige rennen. Andere bleiben stehen wie erstarrt, als könnten sie nicht begreifen, was gerade passiert.

So beginnen heute manche Einsätze, von denen Polizisten erzählen. »Die Gewaltkriminalität hat sich in den letzten 10 bis 15 Jahren stark verändert«, sagt mir eine Beamtin aus Hamburg. Sie spricht ruhig, fast sachlich, als würde sie einen Befund vortragen. »Früher wurde mal eine Waffe gefunden, heute hat quasi jeder eine – und vor allem sind diese deutlich gefährlicher

geworden.« Was früher Ausnahme war, ist heute Teil der Lage. »Wir reden hier nicht nur von einzelnen Schusswaffen, sondern von Kriegswaffen: Kalaschnikows, Panzerabwehrwaffen, Handgranaten, Sprengstoff.«

Worte, die man eher mit Kriegsgebieten verbindet als mit deutschen Städten. Und doch gehören sie inzwischen zu Einsatzberichten. »Das wird jetzt bei Auseinandersetzungen im Milieu eingesetzt.« Die Konflikte haben sich verändert, nicht nur in ihrer Intensität, sondern auch in ihrer Sichtbarkeit. »Und: Die Gewalt ist stärker in den öffentlichen Raum gerückt«, sagt sie. »Früher fanden Konflikte rivalisierender Gruppen öfter ›unter sich‹ statt, eher abgeschirmt. Heute wird am helllichten Tag geschossen, in Wohnvierteln, in Geschäftsvierteln, auf der Straße.«

Das ist der entscheidende Unterschied. Gewalt, die früher verborgen blieb, ist heute sichtbar geworden. Und spürbar. »Man versucht gar nicht, sich zu verstecken.« Vielleicht ist nicht die Waffe am beunruhigendsten. Und auch nicht die Tat – sondern die Selbstverständlichkeit, mit der sie geschieht.

## Kriminalität im Kontext von Zuwanderung

Wenn man über steigende Gewalt spricht, kommt man an einem Thema nicht vorbei: Migration. Kaum ein Begriff ist politisch so aufgeladen, kaum einer wird so schnell zugespitzt – oder so vorsichtig umgangen. In weiten Teilen der Bevölkerung gilt die Flüchtlingspolitik der vergangenen Jahre als mit- oder hauptverantwortlich für die Entwicklung der Kriminalität, insbesondere für Gewaltexzesse. Gleichzeitig nutzen Rechtspopulisten die schrecklichsten Einzelfälle, um pauschal Stimmung gegen Asylbewerber zu machen. Dazwischen bewegt sich die Debatte. Und dazwischen liegen Zahlen.

Laut Statistischem Bundesamt hielten sich 2024 rund 3,3 Millionen Schutzsuchende in Deutschland auf – Menschen, die sich nach Angaben des Ausländerzentralregisters aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen hier aufhalten.<sup>18</sup> Diese Zahl zeigt die Dimension. Und sie erklärt, warum einfache Antworten zu kurz greifen. Die meisten Migrantinnen und Migranten in Deutschland sind gut integriert oder integrationswillig – das ist die Realität, die oft zu wenig betont wird.

Das Bundeskriminalamt veröffentlicht regelmäßig ein Lagebild zur »Kriminalität im Kontext von Zuwanderung«. Die Ausgabe für das Jahr 2024<sup>19</sup>

zeigt etwas, das sich nicht ohne Weiteres einordnen lässt: Überdurchschnittlich viele Geflüchtete werden als Tatverdächtige erfasst, Tendenz steigend. Vergleicht man die Zahlen des BKA mit denen des Statistischen Bundesamtes zur Gesamtbevölkerung, ergibt sich ein klares Verhältnis. Der Anteil von Geflüchteten an allen Tatverdächtigen lag im Jahr 2024 laut BKA bei 8,8 Prozent.<sup>20</sup> Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung betrug im selben Jahr jedoch nur fast 4 Prozent.<sup>21,22</sup>

Und es sind nicht nur mehr Taten, es sind oft dieselben Täter. Besonders häufig tauchen dabei bestimmte Herkunftsgruppen auf. Migranten aus den Maghreb-Staaten – Algerien, Marokko, Tunesien – sowie aus Libyen und Georgien stellten 2024 laut BKA einen besonders hohen Anteil unter den Mehrfach-Tatverdächtigen. Und das, obwohl ihr Anteil an der Gesamtzahl der Geflüchteten vergleichsweise gering ist: Nur 0,5 Prozent der Geflüchteten in Deutschland stammen aus den Maghreb-Staaten, gleichzeitig machen sie 9,1 Prozent der Flüchtlingsstraftäter aus.<sup>23</sup> Genau diese Differenz treibt die Debatte an.

Warum hat die Gewalt im öffentlichen Raum zugenommen? Das BKA nennt drei wesentliche Gründe: die Nachwirkungen der Coronapandemie, Armut und Migration. Die letzten beiden Punkte hängen eng zusammen, wer darüber spricht, kommt an sozialen Faktoren nicht vorbei. Eine erfahrene Ermittlerin aus Berlin beschreibt es so: »Seit den 90er-Jahren und dem Jugoslawienkrieg sowie den späteren Migrationsbewegungen hat sich etwas grundlegend in Deutschland verändert: Es sind Menschen zu uns gekommen, die zum großen Teil Kriegserfahrung mitbringen. Da ist die Hemmschwelle, Messer oder Waffen einzusetzen, natürlich eine ganz andere als bei jemandem, der diese Erfahrung nicht hat.« Auch das ist keine einfache Erklärung, sondern ein Faktor unter mehreren.

Gleichzeitig zeigen die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik ein Muster, das seit Jahren immer wieder diskutiert wird: Nichtdeutsche Tatverdächtige sind überrepräsentiert – insbesondere bei Gewaltdelikten. Der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger ist im Jahr 2024 gegenüber dem Vorjahr von 34,4 Prozent<sup>24</sup> auf 35,4 Prozent gestiegen.<sup>25</sup> Eine Zahl, die im Verhältnis zur Bevölkerungsstruktur auffällt. Denn nichtdeutsche Personen stellen zwar mehr als 35 Prozent der Tatverdächtigen, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung liegt jedoch bei etwa 15 Prozent.<sup>26</sup> Die Relationen sind eindeutig: Von

100.000 deutschen Einwohnern werden statistisch 1.878 Deutsche ab acht Jahren straffällig. Von 100.000 nichtdeutschen Einwohnern hingegen 5.091 Nichtdeutsche ab acht Jahren.<sup>27</sup>

»Die Zahlen sind ja schon recht eindrucksvoll«, sagt ein Beamter aus NRW. Und er fügt einen weiteren Aspekt hinzu: »Wir vernachlässigen aber an dieser Stelle, dass in den vergangenen Jahren durch Turbo-Einbürgerungen Zehntausende deutsche Staatsbürgerschaften an Syrer, Afghanen, Iraker oder Türken im Eilverfahren vergeben wurden.« Allein im Jahr 2024 erhielten rund 292.000 Ausländer die deutsche Staatsbürgerschaft – eine Steigerung um 46 Prozent gegenüber dem Vorjahr und laut Statistischem Bundesamt ein historischer Höchststand.<sup>28</sup> Genau solche Zahlen – und genau solche Aussagen – machen die Diskussion so schwierig. Denn kaum werden sie ausgesprochen, steht der Vorwurf im Raum: rassistisch, pauschalisierend, gefährlich. Schnell heißt es, schon das Benennen von Zusammenhängen spiele Rechtsextremisten in die Hände. Die »Das-hilft-der-AfD«-Keule ist schnell zur Hand.

Bei vielen entsteht allerdings ein gegenteiliger Eindruck: dass nicht das Aussprechen, sondern das Verschweigen und Beschönigen politischen Rändern Auftrieb gibt. Wie schmal dieser Grat ist, zeigt ein Beispiel aus der Politik. Der frühere Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir schrieb in einem Gastbeitrag für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, seine Töchter würden häufig von Männern mit Migrationshintergrund »unangenehm begafft oder sexualisiert«.<sup>29</sup> Eine persönliche Beobachtung, kein politisches Programm. Die Reaktionen darauf waren heftig.

Auch die BR-Journalistin Julia Ruhs, die migrationskritische Positionen vertritt, sieht sich regelmäßig massiver Kritik ausgesetzt – nicht wegen einzelner Aussagen, sondern wegen des Themas selbst. Und doch bleibt ein Befund, der sich weder politisch noch moralisch einfach auflösen lässt: Die Entwicklungen auf der Straße – und in den Statistiken – sind sichtbar. Und sie lassen sich nicht ignorieren.

## Sexuelle Übergriffe

Zahlen können nüchtern sein. Aber hinter jeder Zahl steht ein Mensch. Und hinter jedem Gewalt- oder Sexualdelikt steht eine Geschichte, die selten erzählt wird. Zehn Jahre nach der Kölner Silvesternacht zieht Nordrhein-West-

falens Ministerpräsident Hendrik Wüst Bilanz.<sup>30</sup> Er spricht von Fortschritt, von Reformen, von Kontrolle. Es sei »klar«, man habe »seit dem Regierungswechsel 2017 die Sicherheitsarchitektur in #NRW grundlegend erneuert und gezeigt: verlorenes Vertrauen kann man durch kluges und umsichtiges Handeln wieder zurückgewinnen.« Ein Satz, der nach Stabilität klingt, nach Ordnung, nach einem Problem, das man im Griff hat.

Doch die Zahlen erzählen eine andere Geschichte. Im Jahr 2024 gab es in Nordrhein-Westfalen 237 Prozent mehr Sexualdelikte im Vergleich zu 2015.<sup>31</sup> Der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger lag bei 28,1 Prozent.<sup>32</sup> Das sind Zahlen. Aber sie sind mehr als das. Denn jede dieser Taten bedeutet, dass ein Mensch verletzt wurde. Psychisch und physisch. Meist eine Frau. Oft dauerhaft. Es geht nicht um abstrakte Entwicklungen. Es geht um Leben, die aus der Bahn geraten. Um Vertrauen, das zerstört wird. Um Sicherheit, die verloren geht – nicht in Statistiken, sondern im eigenen Körper, im eigenen Alltag.

NRW ist das bevölkerungsreichste Bundesland. Entwicklungen, die hier sichtbar werden, sind oft Vorboten dessen, was sich später im gesamten Bundesgebiet zeigt. Während also von zurückgewonnenem Vertrauen gesprochen wird, zeichnen andere Daten ein deutlich ernüchternderes Bild. »Fast jede zweite Person in Deutschland ist schon einmal sexuell belästigt worden«, titelt *Der SPIEGEL* Mitte Februar 2026.<sup>33</sup> Grundlage ist eine Dunkelfeldstudie zur Gewaltbetroffenheit – die erste seit 20 Jahren. Sie erfasst das, was in keiner Polizeistatistik auftaucht. Das, was nie angezeigt wird, das, worüber geschwiegen wird. Familienministerin Karin Prien sagt dazu: »Das Ausmaß von Gewalt gegen Frauen ist nach wie vor erschreckend hoch und mir macht es große Sorgen.«<sup>34</sup>

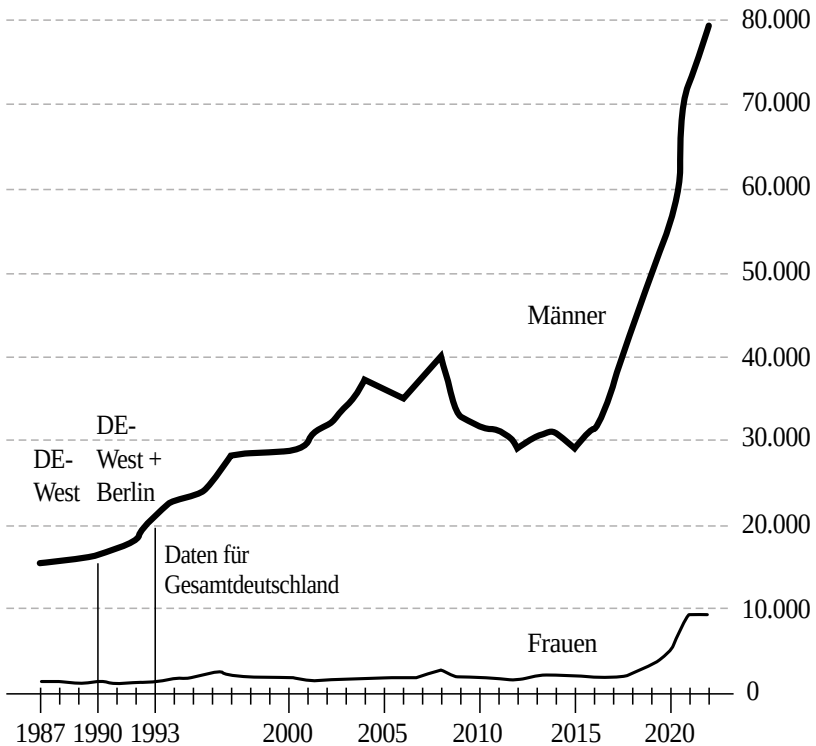
Die Ergebnisse sind eindeutig. Mehr als 5 Prozent der Frauen berichten, im Laufe ihres Lebens vergewaltigt worden zu sein. Innerhalb der vergangenen fünf Jahre traf dies eine von 100 Frauen. Und dennoch: Nur 3 Prozent dieser Betroffenen haben die Tat angezeigt. 3 Prozent – das bedeutet, dass die überwältigende Mehrheit dieser Verbrechen im Verborgenen bleibt. Nicht verfolgt, nicht geahndet, oft nicht einmal benannt. Warum ist das so?

Katja Grieger vom Bundesverband der Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe (bff) sieht einen zentralen Grund im Vertrauen in den Staat: »Das scheint nicht so hoch zu sein«. Die Rechtsanwältin Christina Clemm geht

noch weiter. Sie spricht von einer Entwicklung, die sich verschärft hat: Die Anzeigenbereitschaft sei seit 2004 »sogar noch weiter gesunken«. Und sie stellt eine Frage, die schwer wiegt: »Offensichtlich erwarten Betroffene keinen Schutz oder Gerechtigkeit, wenn sie sich an den Staat wenden. Darüber sollte man ernsthaft nachdenken.«<sup>35</sup>

Das ist ein Satz über mehr als einzelne Täter, es ist ein Satz über das System. Die Diskrepanz zwischen politischer Selbstdarstellung und gesellschaftlicher Realität wird noch deutlicher, wenn man die Entwicklung über

**Grafik 1: Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung  
Tatverdächtige insgesamt\***



\* Schlüssel 100000 der PKS

Infografik: ha • Quelle: Bundeskriminalamt

einen längeren Zeitraum betrachtet. Ein Blick auf die Tatverdächtigenzahlen (siehe Grafik 1) bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung zeigt eine Kurve, die lange relativ stabil verläuft – und dann ansteigt.<sup>36</sup> Besonders seit 2015, vor allem bei männlichen Tatverdächtigen. Die Kurve wird steiler, die Werte werden höher. Und sie erreichen inzwischen ein Niveau, das deutlich über dem früherer Jahrzehnte liegt. Für das Jahr 2025 erfasste die Polizei knapp 14.000 Vergewaltigungsdelikte – das sind 9 Prozent mehr als im Vorjahr.<sup>37</sup>

Auch das sind Zahlen. Aber sie erzählen nur einen Teil der Geschichte. Der andere beginnt dort, wo Statistiken enden. Bei den Menschen, die danach mit dem Leben müssen, was ihnen angetan wurde.

## Morde, die kaum interessieren

Es beginnt oft leise. Ein Streit. Ein Blick. Ein Wort, das fällt und hängen bleibt. Dann kippt etwas. Und am Ende ist eine Frau tot. Fast jeden Tag geschieht das in Deutschland: ein Femizid.<sup>38</sup> Ein Begriff, der kühl klingt, fast technisch. Und doch beschreibt er das Ende eines Lebens – und oft den Höhepunkt einer Gewalt, die lange vorher begonnen hat. Gewalt gehört für viele Frauen zum Alltag. Nicht immer sichtbar, nicht immer angezeit, aber sie ist da.

Das Bundeskriminalamt benennt eine mögliche Ursache für diese Gewalt: eine »ablehnende Haltung gegenüber der Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit der Geschlechter«. Eine Haltung, die »teilweise als Bedrohung traditioneller Rollenbilder wahrgenommen« werde. Das klingt abstrakt, ist aber konkret. Es beschreibt ein Weltbild, in dem Kontrolle wichtiger ist als Gleichberechtigung, in dem Machtansprüche verteidigt werden – notfalls mit Gewalt.

Wie darüber gesprochen wird, hängt oft davon ab, wer der Täter ist. Wenn eine Frau getötet wird und der Fall nicht als »Ehrenmord« gilt oder nicht mit Religion in Verbindung gebracht wird, bleibt die Aufmerksamkeit häufig begrenzt. Die Tat erscheint dann als Randmeldung. Ein weiterer Fall unter vielen. Anders ist es, wenn die Herkunft des Täters ins Bild passt. Wenn er aus bestimmten Regionen stammt, aus der Türkei oder aus arabischen Ländern, verschiebt sich die Debatte. Plötzlich geht es nicht mehr zuerst um die Frau, die gestorben ist. Sondern um Herkunft. Um Religion. Um Kultur.

In den Kommentarspalten lässt sich das nachlesen. »Ich ahne, dass das Mädchen vielleicht noch nicht heiraten wollte.« »Schon wieder Afghanen.« »Ein bedauernswert junges Opfer. Ein Mädchen aus einem Land, in dem Frauen nicht frei leben dürfen.« Solche Sätze tauchen immer wieder auf. Sie sagen oft weniger über die Tat aus als über das Bedürfnis, sie einzuordnen. Und sie verschieben den Fokus, weg vom Opfer, hin zur Zuschreibung. Dabei ist die Realität komplexer. Kulturelle oder religiöse Vorstellungen können eine Rolle spielen, in manchen Fällen sogar eine zentrale – aber nie die einzige.

Gewalt gegen Frauen existiert überall, in allen Ländern, in allen sozialen Schichten. Täter kommen aus allen Bildungsniveaus, aus allen Milieus. Es gibt kein einfaches Muster, das alles erklärt. Statistisch gesehen ist die häufigste tödliche Gewalt gegen Frauen weltweit die durch (Ex-)Partner.<sup>39</sup> Also durch Männer, die ihnen nah waren, die sie kannten und die oft über lange Zeit Kontrolle ausgeübt haben. Trotzdem werden solche Taten häufig anders erzählt: als »Familientragödie«, als »Eifersuchtsdrama«. Worte, die verharmlosen, Worte, die das Geschehen in etwas einbetten, das fast wie ein Unglück wirkt, wie etwas, das passiert ist – nicht wie etwas, das jemand getan hat.

Kritiker sehen darin ein Problem. Denn hinter vielen dieser Taten stehen keine spontanen Ausbrüche, sondern Muster, Machtansprüche, Kontrollverlust. Gewaltstrukturen zwischen Männern und Frauen, die historisch gewachsen sind und bis heute fortbestehen und die sich nicht auf eine Herkunft reduzieren lassen.

## Tatort Bahnhof

Ein Bahnhof ist ein Ort des Übergangs. Menschen kommen an, Menschen fahren ab. Eilige Schritte, Durchsagen, ein ständiges Kommen und Gehen. Ein Ort, an dem sich Leben kreuzen – für einen Moment, und dann wieder verschwinden. Und doch sind diese Orte längst mehr als das. Ob durch Drogendealer, Taschendiebe oder Trickbetrüger: Bundesweit ist auf fast allen Hauptbahnhöfen die Kriminalität gestiegen. Manche Straftaten haben sich zwischen 2019 und 2024 fast verdoppelt. Gewaltdelikte stiegen innerhalb dieser fünf Jahre um mehr als 50 Prozent, Eigentumsdelikte um 47 Prozent, Waffendelikte um 32 Prozent. Auch Sexualdelikte, Sachbeschädigungen und Betäubungsmitteldelikte nahmen deutlich zu.<sup>40,41</sup>

Zahlen, die nicht nur einen Trend zeigen, sondern einen Ort verändern. »Kriminalität gab es an Bahnhöfen schon immer«, sagt mir ein Bundespolizist aus einem ostdeutschen Bundesland. »Aber inzwischen sind Bahnhöfe – genau wie Züge – lebensgefährliche Orte. Sowohl für uns Einsatzkräfte, aber leider auch immer öfter für Personal und unbeteiligte Bürger.« Das ist ein Satz, der in Erinnerung bleibt. Lebensgefährlich. Ein Wort, das man nicht mit einem Bahnsteig verbindet. Nicht mit einem Ort, an dem Kinder mit Koffern stehen und Pendler auf die nächste Verbindung warten. Doch die Entwicklung bleibt nicht abstrakt, sie bekommt Gesichter.

Anfang 2026, ein Regionalexpress zwischen Rheinland-Pfalz und dem Saarland, eine routinemäßige Fahrscheinkontrolle. Ein 36-jähriger Zugbegleiter spricht einen Fahrgast an. Wenig später liegt er am Boden, mehrfach ins Gesicht geschlagen, schwere Kopfverletzungen, er stirbt im Krankenhaus.<sup>42</sup> Sein Name: Serkan Çalar. Ein alleinerziehender Familienvater, ein Mensch, der einfach seiner Arbeit nachging.

Ein anderer Fall, Hamburg, Bahnhof Wandsbek-Markt, eine Szene, die sich kaum begreifen lässt. Ein 25-jähriger Südsudanese zieht unvermittelt eine 18-jährige Frau vor eine einfahrende U-Bahn. Beide sterben noch am Gleis.<sup>43</sup> Der mutmaßliche Täter war den Ermittlern bekannt, bereits zuvor war er durch aggressive Verhaltensweisen aufgefallen.

Zwei Fälle, zwei Geschichten, und doch stehen sie nicht allein. Im Jahr 2025 registrierte die Bundespolizei mehr als 5.600 Gewaltdelikte in Zügen und auf Bahnhöfen in Deutschland. Hinzu kommen mehr als 3.000 Angriffe auf Mitarbeiter der Deutschen Bahn<sup>44</sup> – betroffen sind nicht nur Zugbegleiter, sondern auch Reinigungskräfte und Servicepersonal. Es ist eine Gewalt, die sich nicht mehr auf einzelne Situationen beschränkt. Sondern zum Alltag geworden ist.

Mit 859 Gewaltdelikten im Jahr 2025 steht der Hauptbahnhof Leipzig an der Spitze dieser Entwicklung, gefolgt von Dortmund, Berlin und Köln. Und auch die Art der Gewalt verändert sich: 980 Messerdelikte, 2200 Sexualdelikte.<sup>45</sup> Zahlen, die für sich sprechen und eine Frage aufwerfen, der man nicht ausweichen kann: Wer begeht diese Taten? Die statistische Auswertung liefert eine klare Antwort. Gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung stellte die Bundespolizei nichtdeutsche Tatverdächtige bei Gewaltdelikten fünfmal, bei Messerattacken sechsmal und bei Sexualstraftaten sogar achtmal häufiger fest als deutsche Staatsangehörige.<sup>46</sup>

Eine Einschränkung bleibt: Der Migrationshintergrund deutscher Tatverdächtiger wird dabei nicht erfasst. »Das Bild sähe dann nochmal ganz anders aus«, sagt der Bundespolizist. »Ich sage das aus 20 Jahren Berufserfahrung.« Doch Zahlen allein erklären nicht alles. Sie zeigen nur, wo etwas geschieht, nicht, was es bedeutet. Denn die steigende Gewalt an Bahnhöfen und in Zügen ist nur ein Ausschnitt eines größeren Problems. Ein Ort, an dem Entwicklungen sichtbar werden, die sich auch anderswo zeigen und an dem immer wieder dieselben Menschen stehen: Polizisten, Sanitäter, Feuerwehrleute, Rettungskräfte. Sie greifen ein, wenn Situationen eskalieren. Sie gehen dazwischen, wenn Gewalt entsteht. Sie schützen, helfen, stabilisieren. Während Fahrgäste die Gefahr oft nur für einen Moment erleben, stehen sie täglich im Zentrum dieser Realität. Als Erste vor Ort, als Letzte, die gehen. Und als diejenigen, die den Preis zahlen, wenn sich die Sicherheitslage verändert.

## **Angriffe auf Einsatzkräfte, Sanitäter und Rettungskräfte**

Silvesterabend 2023, Berlin, ein Krankenhaus, Notaufnahme. Neonlicht, hektische Schritte, Stimmen, die sich überlagern. Menschen, die Hilfe brauchen, Menschen, die helfen. Eine Kamera zeichnet mit auf.<sup>47,48</sup> Was in den nächsten Minuten passiert, wird später vor Gericht eine Rolle spielen. Es wird erklären, was an diesem Abend geschehen ist – und warum.

Ein Mann kommt mit einer Schnittwunde an der Hand in die Notaufnahme. Er ist nicht allein, zwei Brüder begleiten ihn. Die Verletzung ist sichtbar, aber nicht lebensbedrohlich. Es dauert – zu lange, aus seiner Sicht, die Stimmung kippt. Die drei Männer bauen sich vor dem Klinikpersonal auf, Worte werden lauter, schärfer, ein Streit entsteht. Dann geht alles schnell. Der Patient schlägt zu, mit der verletzten Hand trifft er einen Arzt im Gesicht, eine Platzwunde. Noch bevor jemand reagieren kann, greifen auch die beiden Brüder an, sie schlagen einen Pfleger nieder. Der Arzt bekommt einen weiteren Hieb ins Gesicht, aus einem Ort der Hilfe wird ein Tatort.

Solche Szenen sind keine Ausnahme mehr. Gewalt gegen Einsatzkräfte oder Unbeteiligte ist mehr als eine Straftat. Sie ist ein Angriff auf die Grundlagen einer freien Gesellschaft. Und doch steigt die Zahl solcher Taten in medizinischen Einrichtungen in Deutschland. Was früher undenkbar war, ge-

hört heute – vor allem in Ballungsräumen – zum Alltag. Aus Helfern werden Opfer, aus Patienten Täter.

Und was sich hier zeigt, beschränkt sich nicht auf Krankenhäuser. Sanitäter, Feuerwehrleute, Polizeibeamte – sie alle berichten von ähnlichen Erfahrungen. Die Gewalt ist näher gerückt, direkter, unberechenbarer. Sie trifft nicht nur jene, die im Einsatz sind, sie trifft auch Lehrerinnen, Busfahrer, Sozialarbeiter. Menschen, die Regeln durchsetzen, die Ordnung schaffen sollen. Die im Kleinen dafür sorgen, dass das Zusammenleben funktioniert. Gerade sie werden zum Ziel.

Ärzte und Pfleger erleben das besonders häufig. Wenn Diagnosen nicht akzeptiert werden, wenn Wartezeiten als Zumutung empfunden werden, wenn Erwartungen auf Realität treffen – dann eskaliert es. Krankenhäuser reagieren, sie rüsten auf.<sup>49,50</sup> Notfallknöpfe werden installiert,<sup>51</sup> um innerhalb weniger Minuten die Polizei zu alarmieren, Personal besucht Selbstverteidigungskurse.

Oft steht dabei eine Waffe im Mittelpunkt, die in den vergangenen Jahren eine besondere Rolle eingenommen hat: das Messer. »Es gibt quasi keine Hemmschwelle mehr. Die Leute interessiert es nicht mehr, ob sie jemanden mit dem Messer in den Oberkörper stechen oder in den Hals«, sagt ein Kripo-Beamter aus Nordrhein-Westfalen. »Wenn ein Messerangriff aus weniger als 7 Metern erfolgt, endet er meistens tödlich«, berichtet ein Bundespolizist aus Bayern. »Es hilft nur, so schnell zu verschwinden wie irgendwie möglich. Alles andere ist Quatsch.«

Das sind Sätze, die zeigen, wie sehr sich die Realität verschoben hat. Und sie führen zu einer weiteren Frage: Wer steckt dahinter? Sicherheitskräfte und Klinikmitarbeiter beschreiben ein Muster, das sich wiederholt: Es sind oft nicht einzelne Täter, sondern Gruppen. Familienverbände, Netzwerke, die gemeinsam auftreten, Druck aufbauen, Räume dominieren.

»Clans spielen bei der Bedrohung des medizinischen Personals in NRW eine besondere Rolle«, berichtet eine Beamtin aus dem Ruhrgebiet. »Mitglieder von Sinti- und Roma-Familien tauchen teilweise mit 30 bis 40 Menschen in Krankenhäusern auf und schüchtern Personal und andere Patienten ein.« Was zunächst nach Überforderung klingt, wird schnell zu einer Frage der Sicherheit: zum Beispiel im Dezember 2025, Uniklinik Köln. 25 Angehörige versammeln sich im offenen Foyer,<sup>52</sup> Anlass ist die Geburt eines Kin-

des. Die Familie möchte feiern – gemeinsam. Trotz mehrfacher, »wiederholt und in respektvoller Weise« vorgetragener Bitten, die Hausordnung zu beachten und das Foyer zu verlassen, kommt es zu »angespannten Wortwechseln«. Am Ende rückt die Polizei an. Ein vergleichsweise harmloser Vorfall – und doch ein Beispiel dafür, wie schnell Gruppendynamiken eskalieren können.

In anderen Fällen geht es um mehr. »Ich habe sehr wenig Verständnis dafür, wenn sich Clanmitglieder oder Mitglieder der Organisierten Kriminalität gegenseitig mit scharfen Schusswaffen beschießen und eine Gefahr für unbeteiligte Bürger besteht, die Personen dann irgendwann im Krankenhaus landen und am Ende von der Polizei auf der Station beschützt werden müssen, damit sie sich dort nicht noch gegenseitig abschlachten«, sagt ein Beamter aus Berlin.

## Folgen, die über den Einsatz hinausgehen

Ein paradoxer Zustand: »Wir müssen die Kriminellen sozusagen beschützen. Es fühlt sich falsch an und man fragt sich, ob das wirklich die beste Lösung sein kann?« Und doch gehört genau das vielerorts zum Klinikalltag. Wie sehr sich dieser verändert hat, zeigen Zahlen, die kaum zu relativieren sind. Eine Umfrage im Unfallkrankenhaus Berlin ergibt: Jeder Mitarbeiter der Notaufnahme hat Gewalt im Arbeitsalltag erlebt. 93 Prozent berichten von verbaler Gewalt, 55 Prozent von körperlichen Angriffen, 38 Prozent waren mit sexualisierter Gewalt konfrontiert.

Auch das Evangelische Krankenhaus Königin Elisabeth Herzberge meldet ähnliche Erfahrungen. Allein im Jahr 2025 wurden dort 1.062 Vorfälle registriert – körperliche Angriffe, verbale Bedrohungen, Beleidigungen, im Schnitt fast drei pro Tag.<sup>53</sup> Es ist eine Entwicklung, die sich nicht auf Krankenhäuser beschränkt. Angriffe auf Polizeibeamte, Klinikpersonal, Feuerwehr, Rettungskräfte, Lehrer, Busfahrer und Schaffnerinnen sind Ausdruck einer wachsenden Verachtung gegenüber staatlichen Institutionen. In manchen Städten werden Buslinien eingestellt, weil die Sicherheit des Personals nicht mehr gewährleistet ist. In Hagen etwa berichtet Polizeipräsidentin Ursula Tomahogh: »Die Angriffe auf Busfahrer haben uns große Sorgen bereitet.«<sup>54</sup> Müll, Wasserbomben, Steine – gezielte Angriffe auf Fahrzeuge und Fahrer. Erst

durch den Einsatz uniformierter und ziviler Kräfte in den Bussen konnte die Situation entschärft werden.<sup>55</sup> Doch die Frage bleibt: Ist das eine Lösung? Oder nur die Behandlung eines Symptoms?

Für die Betroffenen hat diese Entwicklung Folgen, die über den Einsatz hinausgehen. »Diesen Hass im Blick nimmt man nach Hause«, sagt die Berliner Polizistin Katrin Gerlach im Gespräch mit dem RBB.<sup>56</sup> Auf Social Media sei es ihrer Erfahrung nach »zum Sport geworden« zu sagen: »Wir greifen mal Einsatzkräfte an«. Man bekomme Klicks dafür, »wenn jemand bespuckt und beleidigt wird«. Die Gewalt endet nicht mit dem Dienst, und sie hinterlässt Spuren. »Diese Uniform oder diese Dienstbekleidung ist kein Panzer, der uns vor allem schützt, sondern die ziehen wir zum Feierabend aus und gehen nach Hause wie jeder andere. Der Tag aber hinterlässt immer Spuren, denn wir sind Menschen.« Was Katrin Gerlach beschreibt, ist kein Einzelfall. Es ist Teil einer Entwicklung, die sich auch in Zahlen abbildet.

Im Jahr 2024 wurden 46 367 Gewalttaten gegen Polizistinnen und Polizisten registriert. Seit 2015 ist die Zahl der erfassten Gewalttaten gegen Vollzugsbeamte um 38,5 Prozent gestiegen, die Taten gegen Polizeikräfte sogar um 67,2 Prozent. Besonders erschreckend: 34-mal wurden für das Jahr 2025 Tötungsdelikte – einschließlich Versuchen – gegen polizeiliche Vollstreckungsbeamte dokumentiert. In einem Fall endete die Tat tödlich, 33-mal blieb es beim Versuch.<sup>57</sup>

Diese Zahlen lassen sich nicht wegdiskutieren. Sie zeigen eine Entwicklung. Und sie führen zu einer Frage, die sich durch dieses Buch zieht: Wie konnte es so weit kommen? Um darauf eine Antwort zu finden, reicht der Blick auf einzelne Taten nicht aus. Man muss weiter zurückgehen. Zu den politischen und gesellschaftlichen Veränderungen der vergangenen Jahrzehnte.

## **Frust und verlorener Glaube in den Rechtsstaat**

Es ist kein lauter Vorwurf. Eher ein Satz, der im Vorbeigehen fällt, auf der Straße, im Gespräch, zwischen Tür und Angel: »Kümmern Sie sich doch erstmal um die wirklich drängenden Probleme.« Gemeint ist nicht der einzelne Strafzettel. Gemeint ist das Gefühl dahinter. »Wir hören immer öfters, dass wir uns doch erstmal um die wirklich drängenden Probleme kümmern soll-

ten, bevor wir dieser oder jener Person einen Strafzettel für Falschparken ausstellen. Die Menschen haben das teilweise berechtigte Gefühl, dass wir uns als Polizei mit den eher einfachen Vergehen wie eben Falschparken beschäftigen, weil wir dort noch Erfolge verbuchen könnten. Die wirklich großen Verbrecher der Organisierten Kriminalität gehen wir eher halbherzig an, so der Vorwurf, weil wir dort kaum noch durchdringen können.« So beschreibt es ein Polizist.

Es ist nicht seine eigene Überzeugung. Eher eine Wahrnehmung, die ihm immer wieder begegnet. Und die viele seiner Kollegen kennen. Sie widersprechen ihr nur teilweise – auch deshalb, weil sie sie in vielem nachvollziehen können. Zwischen dem, was sie täglich erleben, und dem, was öffentlich diskutiert wird, liegt oft eine Lücke. Viele Beamte berichten, dass ihre Lageeinschätzungen dokumentiert werden. Sorgfältig, detailliert, Fall für Fall. Zahlen werden nach oben gemeldet. Berichte geschrieben. Analysen erstellt. Und dann?

»Wir dokumentieren im Dienst jeden einzelnen Fall sehr genau und melden die Zahlen auch nach oben weiter. Deshalb habe ich das Gefühl, dass die zuständigen Stellen eigentlich genau wissen müssten, wie die Situation bei uns auf der Straße oder an der deutschen Grenze aussieht. Gleichzeitig entsteht bei vielen Kollegen der Eindruck, dass politische Prioritäten anders gesetzt werden. Während wir täglich mit den Folgen umgehen, wird öffentlich oft über ganz andere Themen gesprochen«, sagt ein Bundespolizist.

Genau dieser Eindruck setzt sich fest. Und er hat sich in den vergangenen Jahren verstärkt. Die Coronazeit hat dazu beigetragen. Gesetze wurden in kurzer Zeit beschlossen, Maßnahmen umgesetzt, Regeln kontrolliert. Die Polizei setzte sie durch – sichtbar, konsequent, teilweise hart. Videos davon verbreiteten sich im Netz. Und sie hinterließen Spuren. »Das hatte einen Vertrauensverlust in den Staat zur Folge, weil Bürger sahen: Wenn die Politik etwas will, dann findet sie Wege, die notwendigen Gesetze auf den Weg zu bringen und etwas zu verändern. Wenn es aber um die innere Sicherheit in Deutschland geht, um die effektive Bekämpfung von Kriminalität, dann ist dieser Wille offenbar nicht da.« Es ist ein Vergleich, der nicht ganz fair ist. Und doch wirkt er. Denn Vertrauen entsteht nicht durch einzelne Maßnahmen. Sondern durch Kontinuität. Durch das Gefühl, dass Regeln gelten – und auch durchgesetzt werden.

Nehmen wir die Einbrüche. Alle drei Minuten wird in Deutschland eingebrochen. Die Aufklärungsrate geht gegen Null. Was das im Alltag bedeutet, beschreibt ein Polizist aus Berlin: »Wenn ich zu einem Mehrfamilienhaus komme, wo in sieben oder acht Keller eingebrochen wurde, dann muss ich jeden einzelnen Keller als ein einzelnes Delikt betrachten. Ich muss also sieben oder acht Anzeigen schreiben. Der normale Bürger würde nun denken: ›Das war doch ein einziger großer Einbruch.‹ Nein, wir machen daraus sieben oder acht kleine Einbrüche, weil ein Richter argumentieren kann: Der Einbrecher hätte es sich ja theoretisch vor jedem einzelnen Keller neu überlegen können. Für uns bedeutet das unfassbar viel Papierarbeit, mit so was bin ich dann den ganzen Tag beschäftigt. Und wenn wir ehrlich sind, schreiben wir das Ganze auch nur für die Versicherung auf, weil die Chancen, einen Einbrecher zu fassen, relativ gering sind.«

Das klingt nüchtern – und ist gerade deshalb so ernüchternd. Ein Hamburger Kollege bringt es auf den Punkt: »Ich kann verstehen, wenn Bürger den Glauben in den Rechtsstaat verlieren.« Denn was folgt aus einer Tat? Oft wenig, meistens nichts. Verfahren ziehen sich, Gefängnisse sind voll, »kleine« Delikte bleiben ungeahndet.

Auch auf der Straße ist dieser Eindruck spürbar. Menschen berichten, dass sie staatlichen Institutionen weniger vertrauen als früher,<sup>58</sup> dass Probleme sichtbar sind – aber nicht gelöst werden.

Am Ende fügt sich all das zu einem Gesamtbild. Ein Staat, der funktioniert, aber nicht mehr überall durchgreift. Ein System, das arbeitet, aber an seine Grenzen stößt. Und eine Gesellschaft, die das spürt. Die Frage ist nicht mehr, ob diese Wahrnehmung berechtigt ist – sondern wie es dazu kommen konnte. Und wann genau der Punkt erreicht wurde, an dem sich diese Entwicklung verfestigt hat.

## 2.

# Wie kam es zu der heutigen Lage?

»Rückblickend sieht man die Dinge oft klarer«, berichtet ein altgedienter Kriminalbeamter. »Wir – und damit meine ich sowohl Politik als auch Gesellschaft – haben aus falsch verstandener Toleranz wahnsinnig viel falsch gemacht und wichtige Chancen verstreichen lassen.« Dass viele Menschen sich heute in Deutschland nicht mehr so sicher fühlen wie früher, hat keine einzelne Ursache. Es ist das Ergebnis einer langen Kette von Entscheidungen.

Nach der Wiedervereinigung 1990 stand der Staat vor einer gewaltigen Aufgabe. Zunächst gab es fast ein Jahr lang überhaupt keine Grenze mehr, innerhalb von nur vier Jahren beantragten rund 1,4 Million Menschen Asyl, vorwiegend aus dem zerbrochenen Jugoslawien.<sup>59</sup> »Damals kam eine neue Art der Kriminalität nach Deutschland«, berichtet eine erfahrene Ermittlerin aus Berlin. »Menschen mit Kriegserfahrung, für die Gewalt keine Hemmschwelle war.«

Doch schon lange vor dem Mauerfall etablierte sich in Deutschland – aber weitgehend unbemerkt von Politik und Öffentlichkeit – eine Personengruppe, die später die Organisierte Kriminalität maßgeblich prägen sollte: Angehörige der sogenannten Mhallami-Kurden sowie palästinensische Gruppen legten den Grundstein für die Clankriminalität, welche heute Umsätze in Milliardenhöhe erzielt.

»Die Menschen wurden damals als staatenlos erfasst und erschienen in keiner offiziellen Statistik«, berichtet ein Beamter. »Wenn man bedenkt, dass es sich anfänglich nur um wenige Tausend Menschen handelte, und betrachtet, welche Macht die Clans heute haben, so liegt im Umgang mit ihnen sicherlich einer der größten sicherheitspolitischen Fehler.«